

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt:

SPD-Antrag

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, im Rahmen der Befugnisse der Flugplatzgesellschaft, darauf hinzuwirken, dass am Verkehrslandeplatz Hangelar kein Flugverkehr von Tragschraubern mehr stattfindet.

22 Jastimmen

26 Neinstimmen – damit ist der Antrag abgelehnt

Zum Abstimmungsverhalten der Fraktion erklärte Frau Schmidt, dem Antrag sei zugestimmt worden in der Hoffnung, dass die Bezirksregierung entsprechend interveniere.

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, die jetzt eingeleiteten, lärmindernden Maßnahmen bei den Gyrokoptern im laufenden Jahr überprüfen zu lassen, ob diese wirksam geworden sind, und dann dem Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss entsprechend zu berichten

Einstimmig

SPD-Antrag

die von der Stadt Sankt Augustin benannten Mitglieder des Lärmschutzbeirates (LSB) am Verkehrsplatz Hangelar zu beauftragen, in der nächsten Sitzung des Lärmschutzbeirates, das verbindliche erklären der Platzrunde per Allgemeinverfügung durch die Landesluftfahrtbehörde zu erläutern und die im LSB vertretende Bezirksregierung Düsseldorf als Landesluftfahrtbehörde zu einer Stellungnahme dazu und auch im Hinblick auf die Möglichkeiten wie das ordnungsbehördliche Überwachungskonzept optimiert werden kann zu bewegen.

22 Jastimmen

26 Neinstimmen – damit ist der Antrag abgelehnt

Herr Metz erklärte, er könne nicht erkennen, aus welchen Gründen dieser Antrag weitergehend als der folgende Antrag sei. Er hätte sich für eine alternative Abstimmung ausgesprochen.

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die von der Stadt Sankt Augustin benannten Mitglieder des Lärmschutzbeirates (LSB) am Verkehrslandeplatz Hangelar zu beauftragen, in den nächsten Sitzungen des Lärmschutzbeirates mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Landesluftfahrtbehörde Gespräche dahingehend zu führen, wie das ordnungsbehördliche Überwachungskonzept für Verstöße gegen die gemäß

Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vom 23.02.2011 als verbindlich festgelegte Platzrunde optimiert werden kann.

Einstimmig

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Verwaltung zu beauftragen, für den Bereich des Verkehrslandeplatzes Hangelar eine Rahmenplanung zu erstellen mit dem Ziel, daraus einen Bebauungsplan inkl. Erschließungsplanung für das gesamte Flugplatzgelände zu entwickeln, um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete bauliche Entwicklung zu schaffen. Sowohl mit der Rahmenplanung als auch mit dem B-Plan sollen zum einen konkrete perspektivische Inhalte erarbeitet werden. Zum anderen soll hierdurch ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, um Emissionen begrenzen zu können. In diesem Kontext ist zu prüfen, inwieweit sich ein aus dem Rahmenplan zu entwickelnder B-Plan auf das gesamte Gelände des Flugplatzes (nördlich und südlich der Richthofenstraße) beziehen darf.

Einstimmig

SPD-Antrag

Die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft werden beauftragt, keine weiteren Gewerbeansiedlungen am Flugplatz zu akzeptieren, die eine Erhöhung der Flugbewegungen bzw. einen quantitativen oder qualitativen Anstieg der Lärmemissionen zur Folge haben könnte.

Die Stadtverwaltung betreibt die notwendigen Maßnahmen und erarbeitet die notwendigen Beschlussvorlagen (Bebauungsplan für das gesamte Flughafengelände, Bebauungsplan mit Veränderungssperre im Einzelfall), um die generellen Zielsetzung, sowie insbesondere auch die Begrenzung von Lärmemissionen rechtlich abzusichern.

22 Jastimmen

26 Neinstimmen – damit ist der Antrag abgelehnt

SPD-Antrag

Die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH werden beauftragt, auf die Flugplatzgesellschaft einzuwirken, dass diese bei den ansässigen Unternehmen auf eine zeitnahe Realisierung von Maßnahmen zur Lärmreduzierung hinwirkt. Alle betroffenen Firmen am Flugplatz Hangelar werden durch den Rat der Stadt Sankt Augustin aufgefordert, schnellstmöglich Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmemissionen am Boden, insbesondere durch Hubschrauber (Tanken, Probeläufe), zu verwirklichen. Bestandteil der Forderung des Rates ist auch ein definitiver Ausschluss von Hubschrauberwerkstattbetriebslärm am Wochenende sowie montags bis freitags in einer mittäglichen Ruhezeit.

22 Jastimmen

26 Neinstimmen – damit ist der Antrag abgelehnt

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, bis auf Weiteres keine Gewerbeansiedlungen am Flugplatz Hangelar zu unterstützen bzw. zu betreiben, die eine wesentliche Erhöhung der Flugbewegungen bzw. einen wesentlichen Anstieg der Emissionen zur Folge hätten. Darunter fallen nicht Eigentümerwechsel oder eine Fluktuation von Unternehmen am Flugplatz, sofern die Emissionen in quantitativer und qualitativer Hinsicht nicht merklich über das vorherige Maß hinausgehen.

Einstimmig

SPD-Antrag

Die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH werden beauftragt, sich zur Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen am Flugplatz Hangelar für eine weitere Erhöhung der Landegebühren sowie eine deutlichere Spreizung der Landegebühren nach Lärmemissionen einzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit der Bezirksregierung Düsseldorf als Luftaufsichtsbehörde darauf zu drängen, dass die Einbeziehung von Lärmschutzmaßnahmen in die Gebührenberechnung des Flugplatzes ermöglicht wird und entsprechende Genehmigungen bei Beantragung durch die Flugplatzgesellschaft erhalten.

22 Jastimmen

26 Neinstimmen – damit ist der Antrag abgelehnt

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin in den Gremien der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH zu beauftragen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen Maßnahmen inkl. Finanzierungsvorschlägen – falls möglich und sinnvoll durch Erhöhung der Landegebühren – zur wirksamen Kontrolle der Einhaltung von Flugrouten und der Platzrunde bis zum 31.03.2012 zu entwickeln und den Gesellschaftern vorzulegen. Für den Rat der Stadt Sankt Augustin sind wirksame Maßnahmen zur Kontrolle im Zweifelsfall der Einrichtung von Lärmmessstationen vorzuziehen. Der Ende 2008 gefasste Beschluss des Rates zur Einrichtung von Lärmmessstationen wird aufgrund dessen bis zum 31.03.2012 ausgesetzt.

Jastimmen 34

Neinstimmen 14 – damit ist der Antrag abgelehnt

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Vertreter der Stadt Sankt Augustin im Aufsichtsrat der Flugplatzgesellschaft Hangelar aufzufordern, bei der Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass eine separate Statistik für Gyrokopter eingeführt wird.

Einstimmig

SPD-Antrag

Die Stadtverwaltung Sankt Augustin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH sowie der Bezirksregierung Düsseldorf als Luftaufsichtsbehörde die Lärmemissionen durch Hubschrauber bezüglich ihrer rechtlichen Einordnung detailliert zu prüfen. So ist festzustellen, ob es sich bei Autorotationsflügen, kurzen Rundflügen über das Flugplatzgelände etc. um Luftverkehr im rechtlichen Sinne oder Gewerbebetrieb im bau- und immissionsschutzrechtlichen Sinne handelt.

A. Bei Emissionen, die durch Luftverkehr im rechtlichen Sinne entstehen, sollen alle Beteiligten Maßnahmen zur Reduzierung bzw. Verlagerung des Lärm in weniger sensible Bereiche und die dafür notwendigen Schritte prüfen.

B. Bei Emissionen, die Gewerbelärm im bau- und immissionsschutzrechtlichen Sinne darstellen, erstattet die Verwaltung dem Ausschuss einen Bericht darüber, wie die verschiedenen Lärmemissionen in den Baugenehmigungsverfahren (Betriebsbeschreibung, Stellungnahme von Behörden etc.) behandelt wurden.

Jastimmen 22

Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Rhein-Sieg Kreis Kontakt aufzunehmen, und diesen um Stellungnahme zu bitten, ob und in welcher Weise die aus gewerblicher Tätigkeit resultierenden Lärm-Emissionen am Flugplatz Hangelar durch Auflagen gemindert werden können.

Einstimmig

SPD-Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage für die kommende Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu erarbeiten, die zum Inhalt die Einrichtung eines Unterausschusses „Lärmreduzierung am Flugplatz Hangelar“ hat. Befristet auf ein Jahr soll dieser Unterausschuss mit einem konkreten Arbeitsauftrag und auf Grundlage der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin, die Fragen zur Lärmreduzierung beraten und entsprechende Beschlussempfehlungen erarbeiten. Neben den Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung, sollen Vertreter folgender Gruppierungen ständige beratende Mitglieder des Unterausschusses sein:

- Vertreter Flugplatzgesellschaft
- Vertreter Fliegergemeinschaft Hangelar e.V.
- Vertreter Bundespolizei
- Vertreter der ansässigen Unternehmen (z.B. ALT)
- Vertreter Arbeitskreis Hubschrauberlärm Flugplatz Hangelar
- Vertreter Bürgerinitiative Niederberg
- Vertreter Bürgeraktion

Vertreter der Bezirksregierung oder anderer Institutionen werden Themenbezogen hin zu gebeten.

Jastimmen 22

Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt

SPD-Antrag

Der Rat der Stadt Sankt Augustin empfiehlt dem neu einzusetzenden Rahmenplanungsbeirat den Arbeitsauftrag, zu folgenden Themenkomplexen Entscheidungsgrundlagen, bzw. Berichte zu erarbeiten und dem UPV zur Beschlussfassung bzw. Beratung vorzulegen:

- Festschreiben von Ruhezeiten werktags und an Wochenenden
- Zukünftige Betriebserlaubnis des Flugplatzes, Empfehlungen
- Umsetzung der angepassten verbindlichen Platzrunde
- Kontrollen der Einhaltung der Platzrunde, Bericht über Sanktionen
- Beschwerdebearbeitung, Bericht, Folgen
- Verbot Platzrundenflüge als Übungsflüge
- Umsetzung Lärmmessstellen, Finanzierung, Platzierung
- Rote Reiter Markierung , Überprüfung der Vereinbarung
- Ersetzen von lärmintensiven Maschinen
- Entwicklung der Flugbewegungen, Festlegungen treffen
- Steuerung durch Anpassung von Landebahngebühren
- Nutzung der PPR-Regelung durch den Flughafen (Prior Permission Required)
- Begrenzung Flugzeiten Gyrocopter, Verbot, Nachrüstung mit Schalldämmung
- Standort der Helikopter Testläufe, Testflugstrecken
- Schallmindernde bauliche Veränderungen, Lärmschutzmassnahmen anstoßen
- Rahmenplanung auflegen zum Flugplatz
- Ausgestaltung Aero-Park, Beschränkung von neuem Gewerbe mit Fluglärm
- Baugenehmigung am Flughafen, Prüfung der Auswirkungen

Weitere Themenkomplexe können aus der Mitte des Unterausschusses auf Vorschlag der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder behandelt werden.

Am Ende des Arbeitsjahres ist dem Ausschuss ein vollständiger Abschlussbericht vorzulegen.

Jastimmen 19

Neinstimmen 28

Enthaltung 1 – damit ist der Antrag abgelehnt

Zum Abstimmungsverhalten der Fraktion AUFBRUCH! erklärte Herr Köhler, dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da der Arbeitsauftrag eines Beirates ein anderer sein müsse als der des ursprünglich beantragten Unterausschusses.

SPD-Antrag

Der Rat der Stadt Sankt Augustin hebt den Beschluss zur Verlängerung der Start- und Landebahn am Flugplatz Hangelar auf. Das Vorhaben des Ausbaus der Start- und Landebahn wird durch die Stadt Sankt Augustin nicht weiter verfolgt.

Jastimmen 22

Neinstimmen 26 – damit ist der Antrag abgelehnt

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die Verwaltung zu beauftragen, alle eingehenden Bauanträge, die das Gebiet der Rahmenplanung betreffen, dem Rat unverzüglich zur Kenntnisnahme vorzulegen. Sollte sich dabei eine unerwünschte Entwicklung zeigen, so muss überprüft werden, inwieweit ein Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan mit planungsrechtlichen Sicherungsmitteln nach §§ 14 und 15 BauGB kurzfristig gefasst werden soll. Die Stadt Sankt Augustin bildet im Zusammenhang mit der Rahmenplanung einen Rahmenplanungsbeirat, um eine breite Einbeziehung der Öffentlichkeit und weiterer Akteure zu ermöglichen. Die Stadt Sankt Augustin verfolgt in diesem Kontext das Ziel, dass die quantitativen und qualitativen Lärmemissionen am Flugplatz Hangelar insgesamt zumindest nicht weiter zunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des UPV einen Vorschlag für die Besetzung des Beirates vorzulegen.

Jastimmen 34

Neinstimmen 14

Zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion erklärte Herr Knülle, dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da sich seine Fraktion gegen Gremien aussprechen, die sich nicht im Rahmen der Geschäftsordnung des Rates bewegen.

Interfraktioneller Antrag CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AUFBRUCH!

die für die Erfüllung der Rahmenplanung und die Bildung des Rahmenplanungsbeirats erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die Verwaltung wird gebeten, bei geeigneten Planungsbüros entsprechende Angebote einzuholen und diese vor Vergabe dem UPV vorzulegen.

Jastimmen 34

Neinstimmen 14

Zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion erklärte Herr Knülle, dem Antrag sei nicht zugestimmt worden, da die Hinzuziehung eines Planungsbüros zu weiteren freiwilligen Ausgaben führe; dies könne nicht finanziert werden. Es sei eine Regelung innerhalb der Verwaltung machbar.